

presse

Abwarten und Zugucken ist zu wenig

Zu der rückläufigen Beteiligung an der Studienplatzbörse und zur Antwort des Bundesbildungsministeriums zum elektronischen Hochschulzulassungsverfahren erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss Klaus Hagemann:

Die als Notlösung konzipierte Studienplatzbörse, mit der unbesetzte Studienplätze über ein Nachrückverfahren vergeben werden sollen, trägt immer weniger. Der vom Bund finanzierte Software-Torso für eine bundesweite Hochschulzulassung muss endlich im dritten Anlauf zum Laufen gebracht werden, fordert Klaus Hagemann.

Die als Notlösung konzipierte Studienplatzbörse, mit der unbesetzte Studienplätze über ein Nachrückverfahren vergeben werden sollen, trägt immer weniger. Kurz vor Toreschluss der Börse ist die Zahl der von den Hochschulen gemeldeten Studiengänge im Vergleich zum Vorjahr auf 1.850 und damit um etwa zwanzig Prozent merklich zurückgegangen, wie das Bundesbildungsministerium jetzt auf SPD-Anfrage kleinlaut einräumen musste. Auf Seiten der Studienbewerber stagniert die Beteiligung auf Vorjahresniveau bei rund zwei Millionen Klicks, während es beim Start der Plattform noch über 4,8 Millionen Seitenaufrufe gab.

Umso dringlicher ist es daher, den vom Bund finanzierten Software-Torso für eine bundesweite Hochschulzulassung endlich, im dritten Anlauf zum Laufen zu bringen. Magisches Datum dafür ist laut Bundesbildungsministerium jetzt der 15. Dezember 2011. Dann soll "auf Grundlage der Testergebnisse der Stiftungsrat

der Stiftung für Hochschulzulassung entscheiden, in welchem Umfang das Verfahren starten wird."

"Die Bestätigung oder Änderung dieser Zeitplanung" obliege allein der Stiftung, setzt sich die Bundesbildungsministerin vorsorglich beim "Glücksspiel um die Studienplätze", so das Handelsblatt diese Woche, als Zaungast schon einmal ab. Weder über die Zahl der bereits stabil an die Bundessoftware angeschlossenen Hochschulen, noch über die Bestellungen sogenannter Konnektoren für die übrigen Universitäten kann oder will das Bundesbildungsministerium aktuell Auskunft geben. Gleiches gilt für die Kosten, die jetzt notwendig sind, die Schnittstellenprobleme zu beseitigen. Nicht-Wissen-(Wollen) schützt aber nicht vor politischer Mitverantwortung. Nur abwarten, zugucken und die Hände in den Schoß legen ist jedenfalls zu wenig.